

Schulautonomie: kein Problem gelöst

In der Debatte um Bildungsreformen fordern ÖVP, NEOS und Co mehr Schulautonomie. Aber ist mehr Autonomie wirklich die Lösung, wenn das Hauptproblem bei Budgetkürzungen und Geldnot liegt? Sponsoren wie die Raiffeisenbank würde so eine Entwicklung freuen. LehrerInnen und Kinder aus ArbeiterInnenfamilien bleiben auf der Strecke.

Seite 2

SPÖ-Linke: Aus der Geschichte lernen

Seit 1945 gab es viele Versuche, die SPÖ wieder nach links zu drücken – doch sie sind alle gescheitert. Sie hatten ähnliche Schwerpunkte und ähnliche Schwächen. Die Rahmenbedingungen sind heute noch weit schlechter als bei früheren Versuchen. Eine Bilanz ist ebenso nötig wie eine ernsthafte Betrachtung der Perspektiven.

Seite 14

Schwerpunkt

Streik ist die schärfste Waffe im Kampf gegen die zunehmenden Angriffe von Regierungen und Unternehmen. Ein Schwerpunkt zu: Wie geht's, was ist nötig und was ist möglich. Seiten 7-10



VORWÄRTS

SLP
Sozialistische LinksPartei

Normalpreis €1,-
Solipreis €2,-

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 238 | 05.15

Mach deine Wut zu Widerstand!

„So kann es nicht weitergehen!“ – Wir alle haben diesen Satz wohl in den letzten Wochen öfters von KollegInnen, Freunden oder uns selbst gehört. Wo man hinsieht,

gen vor. AMS-Chef Kopf meint „viele sind bei der Jobsuche zu wählerisch“ – obwohl auf jede offene Stelle sieben Arbeitslose kommen – und fordert ein „stufenweise niedri-

gen haben, holen sie sich nun doppelt durch Kürzungen zurück. Die Wirtschaftskrise geht in eine neue Phase: Österreich ist nicht mehr „Musterschüler“, sondern „Sorgenkind“. Besonders im Bankensektor drohen weitere Crashes. Währenddessen häufen die Reichen weiter Geld an. Das reichste 1% besitzt 469 Milliarden Euro, es ist also genug Geld für Soziales, Bildung und Jobs da!

Vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich formieren sich Basisinitiativen kämpferischer KollegInnen. In Oberösterreich gingen in den letzten Wochen wieder-

holt Tausende gegen Kürzungen auf die Straße. In Salzburg haben sich PflegerInnen zur CaREvolution zusammengeschlossen, um für mehr Gehalt und mehr Personal zu kämpfen – Die Initiative findet Nachahmung. Am 18.4. demonstrierten weit über 20.000 bundesweit gegen TTIP – ein Zeichen für den Willen, aktiv zu werden. Der ÖGB hatte zu den Demos aufgerufen. Ein guter Schritt,

doch einzelne Dampflassaktionen werden weder TTIP noch die Kürzungslawine stoppen. Höchste Zeit, dass der ÖGB in den Betrieben aktiv wird, die Basisinitiativen der KollegInnen

unterstützt und zusammenführt. Aber wir können nicht warten, bis die ÖGB-Spitze sich endlich bewegt: Die KollegInnen im Salzburger Öffentlichen Dienst haben die Nulllohnrunden 2012 durch Streiks organisiert von unten zurückgeschlagen!

Sebastian Kugler

Die SLP fordert:

- Kampf jeder Kürzung, wenn nötig, auch mit Streik!
- Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften, in denen die Basis entscheidet!
- Aufbau einer neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche!

Der Angriff auf das Kapital ist die beste Verteidigung von Löhnen und Jobs!

wird gekürzt: Im oberösterreichischen Sozialwesen sollen es 25 Millionen Euro sein. Die SPÖ hetzt gegen LehrerInnen und bereitet mit der ÖVP unter dem Deckmantel der „Schulautonomie“ Bildungskürzun-

ger werdendes Arbeitslosengeld“. Gleichzeitig sind die letzten Formen geregelter Arbeitsverhältnisse unter Beschuss und der 12-Stundentag noch immer nicht vom Tisch. Was sie manchen bei der Steuerreform ge-

Der Standpunkt



von Sonja Grusch 70 Jahre Kriegsende, 70 Jahre Ende des 3. Reiches und 70 Jahre Republikgründung: das bedeutet jede Menge Gedenkveranstaltungen. Nur mehr wenige Opfer des NS-Terrors und WiderstandskämpferInnen leben noch. Das macht es um so leichter für jene, die meinen, es wäre genug mit dem Erinnern. Doch auch das offizielle Gedenken ist verlogen und ritualisiert. Die Ursachen von Faschismus und Krieg werden weitgehend ausgeblendet. Dafür wird teilweise ein moralisierend-verpflichtendes Schuldigföhren betrieben. Die Nachgeborenen sind aber nicht schuld am Faschismus und haben hier auch nichts wieder-gut-

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg! Aber wie?

zu-machen. Schuld ist vielmehr ein Wirtschafts- und Gesellschaftssystem, das bereit ist, Faschismus als Ausweg aus politischer Krise und Krieg als Ausweg aus ökonomischer Krise einzusetzen. Und dieses System – mit all seinen UnterstützerInnen und PropagandistInnen – ist nach wie vor am gefährlichen Werken.

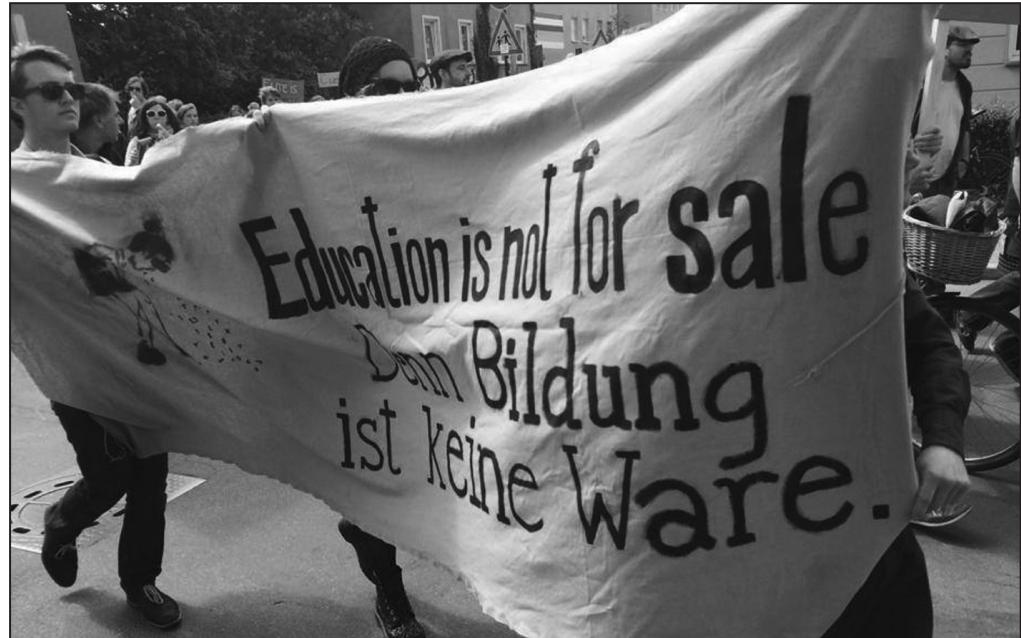
Ein ehrliches Gedenken muss an die Wurzeln gehen und diese bekämpfen: den Kapitalismus und seine systembedingten Krisen, die Klassengesellschaft und ihre Institutionen, deren beschränkte Demokratie stets den wirtschaftlichen Interessen Weniger untergeordnet ist. Den Imperialismus, der seine Interessen mit militärischer Gewalt durchsetzt (und wie in der Ukraine gegenüber Nazis ein Auge zudrückt). Neonazis und faschistische Gruppen sind gefährlich, weil sie gewalttätig sind. Doch der staatliche Terror gegen Flüchtlinge kostet weit mehr Menschenleben. Die Verharmlosung des Faschismus durch diverse nationale Gruppierungen gehört bekämpft. Doch noch stärker muss der Kampf gegen den Kürzungs-terror für Linke im Zentrum stehen. „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem dies kroch!“ schrieb Brecht. Solange der Kapitalismus existiert, sind Faschismus und Krieg sehr reale Gefahren! Kampf dem Faschismus heißt daher auch Kampf gegen Kapitalismus!

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP),
Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien,
Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 08202021 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U
Abo-Zahlungen & Spenden: PSK (BLZ 60 000) Kto.-Nr. 8812.733

Schuldemokratie darf kein Feigenblatt sein

Demokratie ist in der Schule sehr begrenzt und geht über unwichtige Bereiche wie Festlegung von schulautonomen Tagen kaum hinaus. Im Schulgemeinschaftsausschuss haben SchülerInnen nur ein Drittel der Stimmen, obwohl sie die Mehrheit der Schule stellen. Entscheidungen wie die Auswahl des/der DirektorIn werden undemokratisch von außen bestimmt. Vielmehr sollten die LehrerInnen und SchülerInnen über Schulver-

waltung, aber auch Lernmethoden, Schwerpunkte etc. selbst entscheiden können. Demokratie darf kein Feigenblatt sein, sondern kann und sollte eng mit dem restlichen Schulbetrieb verknüpft werden. Statt undemokratischer, ja teilweise diktatorischer Hierarchien braucht es demokratische Komiteestrukturen mit gewählten VertreterInnen der SchülerInnen und LehrerInnen – wozu braucht es da noch DirektorInnen?



Problem Schulautonomie

Die Regierungskommission, ÖVP-Kreise, die Neos und auch die zur ÖVP gehörende Schülerunion fordern „mehr Schulauto-

abgegeben. Das fehlende Geld muss trotzdem irgendwoher kommen, oder fehlt eben. In der Praxis wären das externe Geldge-

Das Hauptproblem in der Schule ist die Geldnot – Schulautonomie ändert daran nichts!

nomie“. Gemeint sind „finanzielle Autonomie der Schule über das Schulbudget“ und „Unabhängigkeit der Schulen, ihre Lehrkräfte selbst auszuwählen“. So sollen bessere Schulen entstehen. Eine autonome Verwaltung von Mangel ändert am Grundproblem des Mangels jedoch nichts. Es wird lediglich die Verantwortung von oben nach unten

ber wie Eltern und Sponsoren wie die ÖVP-nahe Raiffeisenbank. Kinder mit reicher Eltern hätten als Folge bessere Schulen. Schon jetzt müssen Eltern jedes Jahr hunderde oder sogar tausende Euro für Kopierkosten, Spinde, Schulbücher, Bastelzeug, Taschenrechner und Computer, Ausflüge und Sprachreisen zahlen – für viele unerreichbar.

Und was würde mehr Autonomie bei der LehrerInnenwahl bedeuten? DirektorInnen, die dann die Auswahl durchführen, sind selbst meist das Ergebnis von Parteibuchwirtschaft. An einer konservativen Schule würden eher konservative LehrerInnen eingestellt werden. Von denen können sich die SchülerInnen dann anhören, dass Abtreibungen böse sind und Streiks ungerechtfertigt. Verbesserungen im Bildungsbereich bekommen wir nicht über als Reformen getarnte Kürzungen. Wenn sich SchülerInnen und LehrerInnen gemeinsam organisieren, können echte Verbesserungen, mehr Budget und Demokratie in der Schule erkämpft werden.

Stefan Reifberger



Seit 100 Jahren nichts Neues in der Bildung

Nach jahrelangem Kampf ist es endlich soweit. Beim ÖHTB wird am 25.3. ein Werkstättenrat gewählt. SLP-Aktivist Patrick Pinner hat die Initiative dafür ergriffen und kandidiert für die Werkstättenvertretung Aichholzgasse. Er fordert u.a. das Ende der Enteignung durch Einführung von Kollektivvertrag, Mindestlohn, Anrechnung für die Pension und eine zusätzliche Urlaubswocche. Patrick kämpft auch dafür, dass der Werkstätten-

rat den Betrieb der Werkstätte bestimmt und kein pseudo-demokratisches Feigenblatt wird. Die Gewerkschaft fordert er auf, endlich aufzuwachen und Menschen mit besonderen Bedürfnissen im Kampf gegen rechtlose Gratitarbeit in Werkstätten zu organisieren. Für Patrick ist klar: Auch BetreuerInnen leiden unter Niedrigstlöhnen und dieser Kampf muss solidarisch mit ihnen gemeinsam geführt werden.



Der große Wohnungsschmäh

Die etablierte Politik (egal ob schwarz, rosa, grün oder pink) macht aus der Wohnmisere wieder den großen Wahlkampf-

für Darlehen der Europäischen Investitionsbank (EIB) vergeben. Die Mittel der EIB sollen über eine Wohnbauinvestitions-

bauförderung wird herumgeschraubt. Mit sozialem Wohnbau hat das alles nichts zu tun.

In Salzburg werden bei der Wohnbauförderung die Einkommensgrenzen erhöht, so dass mehr in den Genuss der Förderung kommen sollen. Das hilft aber niemandem, der/die den Kaufpreis, den Genossenschaftsanteil oder die hohe Miete nicht hinblättern kann. An der Spitze der Wahlkampf-veranlassten Selbstbewähräucherung steht Wiens Bürgermeister Häupl mit dem Bau von Pseudo-Gemeindewohnungen „neu“. Eine kapitalistisch geführte Gesellschaft soll ein paar wenige Wohnungen errichten, deren Preis pro

Quadratmeter über dem Wiener Richtwert liegt. Und woher das Geld dafür kommt, ist unbekannt – von den Reichen jedenfalls nicht, soviel ist klar.

Dass die etablierte Politik jetzt die Wohnmisere für Wahlkampfpropaganda entdeckt, zeigt, wie groß der Druck ist. Es sei aber davor gewarnt, sich von diesen Leuten eine Lösung zu erwarten. Leistbares Wohnen müssen wir uns erkämpfen – mit echtem sozialen Wohnbau mit dem Geld der Reichen, Bauunternehmen und Immobilienkonzerne und mit effektiver Senkung der Wohnkosten für alle durch Enteignung jener, die durch Spekulation und Mietwucher die Preise nach oben treiben. **Helga Schröder**

Wahlkämpfe: Die Entdeckung der Wohnmisere für Propaganda der Herrschenden

schmäh. Menschen mit geringem Einkommen werden aber weiter erfolglos leistbare Wohnungen suchen. In der Regierungsklausur im März wurde ein „Wohnpaket“ geschnürt. Bis 2020 sollen angeblich 5,75 Milliarden in „neue, leistbare Wohnungen“ fließen und damit 30.000 Wohnungen errichtet werden. Die Regierung soll Haftungen

bank an gemeinnützige und gewerbliche Bauträger weitergeleitet werden. Anders gesagt: Immobilienkonzerne, Banken und Bauunternehmen profitieren, SteuerzahlerInnen haften, Wohnunglose bleiben auf der Straße, Arme bleiben in Elendsquartieren, GeringverdienerInnen können sich weiterhin keine Wohnung leisten. An der Wohn-

Schulautonomie = Geldmangel = Fremdfinanzierung

Weil jede Schule jetzt einzeln bestellt (statt früher zentral), wird z.B. Kopierpapier teurer. Da braucht es neue Einnahmequellen. Z.B. durch Werbung, erlaubt seit 1997. Firmen zahlen für Inserate im Mitteilungsheft bis zu € 90.000,-. Raiffeisen Salzburg hat Exklusivverträge mit 300 (von 340) Schulen in Salzburg, in Niederösterreich waren zeitweise bis zu 10 Schulstunden für Banken reserviert.

Auch LehrerInnenfortbildung ist autonom von den Schulen zu bezahlen, bei Geldmangel wird zur billigeren gegriffen. Wenn bei den Schulbüchern gespart wird und Geld für Kopien fehlt, dann bieten Firmen aufwendig produzierte und kostenlose Lernunterlagen an. Die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Schule (AWS) von Wirtschaftskammer und Sparkassenverein bietet z.B. „Unterrichtsmaterialien für alle Schulstufen“.

Schulen sind inzwischen ein wichtiger Geschäftszweig geworden: um neue KundInnen zu kriegen, Produkte zu verkaufen und zur Imagepflege. In den USA informiert 80% dieses „Unterrichtsmaterials“ von Firmen einseitig oder unvollständig und wirbt für die Produkte der Sponsorenfirmen bzw. poliert deren Image auf (z.B. bei Exxon oder Shell). Mehr als die Hälfte dieses Materials ist kommerziell.

Die Softdrinkautomaten an Schulen sollen auch das Schulbudget aufbessern. Im Unterricht geht's um gesunde Ernährung, im Automaten gibt's nicht mal Wasser. In Deutschland war McDonalds Teil von Schulprojekten zu „gesunder Ernährung“. Auf Memory-Karten wurden Burger als Brot bezeichnet. Für Ritter Sport sollten SchülerInnen ein Plakat zu „was Schokolade für deinen Körper“ tun kann entwerfen.

Der rechte Rand

Ein Aufruf der Ausweisung, welcher sich an „raum-, wesens- und kulturfremde Ausländer in Deutschland, insbesondere an Türken, Muslime und Negroide“ richtet. Mit solchen Aussagen sucht der Ultrarechte Ludwig Reinthaler seit Jahrzehnten die Welser Lokalpolitik (und leider auch noch mehr) heim. Er liefert die ideologische Basis für die Welser Schlägernazis, zu denen es auch sonst einige Überschneidungen gibt. Der beeinträchtigte Rechtsextreme, welcher von der Presse verniedlichend „Politrabauke“ genannt wird, fiel in der Vergangenheit schon durch seine hetzerischen Aussagen und seinen rechtsextremen Bekanntenkreis auf. So hatte er enge Kontakte zum neonazistischen Bund freier Jugendlicher (BFJ), der rechtsaußen AFP, den Identitären, welche er als „aufrechte Patrioten“ bezeichnete, sowie zu Pegida, an deren Aufmärschen er mehrmals teilnahm. Er organisierte „Erlebnis-Flohmarkte“, wo NS-Relikte zum Verkauf standen. Und er veröffentlichte Pamphlete mit rassistischen Aussagen, so z.B. „Bürgerrechtsbewegung fordert: Kriminelle Ausländer raus“ (1995). Im selben Jahr veröffentlichte er einen Videofilm „Ausländerprobleme in Wels“. 2009 wollte Reinthaler mit seiner eigenen Liste „Die Bunten“(!) bei den Welser Gemeinderatswahlen antreten. Doch deren Forderungen waren sogar den Behörden zu nahe am NS-Gedankengut. Und ehemalige Aktivisten der „Bunten“ posierten in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen mit T-Shirts mit der Aufschrift „Bock auf Nazis“. Nun, verschiedene Brauntöne sind doch auch bunt.

Jens

Am Donnerstag, 9. April 2015 hat es auch Frankreich erwischt: 300.000 Beschäftigte waren landesweit auf den Straßen, viele mehr im Streik. Die bürgerlichen Medien beschäftigten sich lieber mit dem inner-familiären Streit im „Front National“. Derweil sah die Grande Nation den bisher eindrucksvollsten Massenprotest gegen die EU-Austeritätspolitik im Allgemeinen und die geplanten Kürzungs- und Deregulierungsmassnahmen der „sozialistischen“ Regierung Hollande-Macron im Besonderen: so etwa Kürzungen im Schulwesen oder Einführung der Sonntagsarbeit.

Das trifft alle und alle waren auf den Beinen: LehrerInnen, Han-

**Frisch gekämpft,
ist halb gewonnen!**

delsangestellte, Beschäftigte im Gesundheitsbereich, PostlerInnen und EisenbahnerInnen. Ebenso MitarbeiterInnen von „Radio France“, die sich schon drei Wochen im Streik befanden, und die MetallerInnen von „Sambre & Meuse“, die ihre Fabrik gegen die drohende Schließung besetzt halten. Dazu kamen DockarbeiterInnen aus La Rochelle, Rouen und Lorient. Mit dabei auch Arbeitslose und „Sans Papiers“, die nicht einmal Zugang zum Arbeitsmarkt haben. Die größten Gewerkschaftsverbände CGT und Force Ouvrière unterstützten den Aktionstag massiv. Das ist der Unterschied zu Österreich: Obwohl hierzulande zur Finanzierung der Steuerreform genau die gleichen Angriffe vorbereitet werden, kommt es zu keinem Aufstand der Gewerkschaften. Der ÖGB übt sich bisher bestens in verbalen Drohgebäuden, Basisproteste werden gebremst statt gefördert. Vielleicht heißt ÖGB ja aber auch: „Österreichs genügsame Bürokraten“?

Alexander Svojtko



Geld für Gesundheit statt für Banken!

Die Regierung versucht, die Kosten für Krise, Hypo und Steuerreform bei Beschäftigten und PatientInnen im

Kampfbereitschaft. In Linz demonstrierten Tausende gegen Kürzungen in der Behindertenbetreuung.

werkschaftsführung auszuüben und Arbeitskämpfe zu planen.

Gerade im Gesundheits- und Sozialbereich ist die Unterstützung von PatientInnen/KlientInnen zentral. 2013 beteiligten sich PatientInnen, in ihren Krankenbetten, am Streik der oberösterreichischen Ordensspitäler. Bei den Arbeitskämpfen in der Berliner Charité half ein Solidaritätskomitee dabei, Unterstützung aus der Bevölkerung zu organisieren.

Immer wieder versucht man uns einzureden, dass Arbeitskämpfe den PatientInnen schaden. Was wirklich schadet, ist das Kaputtsparen der Regierung. Um das zu bekämpfen sind alle Maßnahmen, auch Streiks, gerecht fertigt. Streiken kann auch im

Gesundheits- und Sozialbereich funktionieren. Z.B. waren die Beschäftigten des LKH Salzburg führend an den erfolgreichen wilden Streiks gegen Nulllohnrente 2012 beteiligt.

Um zu verhindern, dass die Gewerkschaftsführung einem faulen Deal zustimmt, muss die Belegschaft demokratisch entscheiden können, was die nächsten Schritte sind, welche Forderungen aufgestellt werden und ob ein Angebot angenommen wird.

Wenn wir uns demokratisch organisieren und gemeinsam kämpfen, können uns weder Bosse, Regierung noch bremsende Gewerkschaftsführung aufhalten.

Christoph Glanninger

Aktionsplan: www.slp.at
fb: /„Gute Pflege braucht mehr Personal + 30%“

12. Mai: Österreichweiter Aktionstag gegen die Missstände im Sozial- und Gesundheitswesen.

Sozial- und Gesundheitsbereich abzuladen. Die Folgen: zu wenig Personal, viel zu niedrige Löhne und Überarbeitung.

Deshalb ist Widerstand so wichtig. Aktuell fordern Pflegekräfte in Salzburg, Tirol, Kärnten, Wien und Oberösterreich Lohnerhöhungen, es gibt Betriebsversammlungen und hohe

Eine wichtige Rolle spielen Basisinitiativen. Z.B. organisieren sich in Salzburg gerade PflegerInnen rund um die „Carevolution“. Über regionale und bundesweite Aktionstreffen kann man sich österreichweit vernetzen. So kann man Strukturen aufbauen, um mehr Menschen zu erreichen, Druck auf die Ge-

Regierung hetzt gegen LehrerInnen – Klassenkampf ist nötig!

Wieder versucht die Regierung, die Arbeitszeit von LehrerInnen zu verlängern. Flankiert wird dieser Angriff aufs Bildungssystem mit der üblichen Hetze über „faule Lehrer“. Fakt ist: LehrerInnen haben eine 40-Stundenwoche, was sogar eine Studie der Regierung bestätigt. Es fehlt an Stützpersonal (PsychologInnen, SozialarbeiterInnen, administratives Personal), weswegen LehrerInnen zu zahlreichen unterrichtsfremden Tätigkeiten „mit-

verpflichtet“ werden. Nun drohen der Verlust tausender Posten und noch stärkere Überlastung der übrig gebliebenen LehrerInnen. Sie müssten dann noch mehr SchülerInnen und Klassen übernehmen. Opfer des Sparterrorts sind wieder SchülerInnen und LehrerInnen.

Vor sechs Jahren scheiterte die Regierung mit dem selben Vorhaben am gemeinsamen Widerstand von SchülerInnen und LehrerInnen. Die SLP war da-

mals zentrale Akteurin der Schulstreiks, die die GÖD vor sich her trieben. Auch heute braucht es geschlossenen Widerstand von allen Betroffenen. Von der GÖD können wir keine Initiative erwarten. Diese muss von LehrerInnen, SchülerInnen und Lehramtsstudierenden selbst kommen. Die Regierung betreibt Klassenkampf von oben – sie wird nur gestoppt durch Klassen im Kampf!

**Sebastian Kugler,
Lehramtsstudent**



Linz: Aktiver Antifaschismus

Nach den Angriffen auf Linke und MigrantInnen in Linz initiierte die SLP eine Kampagne gegen rechte Gewalt. Sieben Wochen lang wurden auf zahllosen Aktionen in ganz Linz über 10.000 Flugblätter verteilt, rund hundert Plakate aufgehängt, und weit über hundert Vorwärts verkauft. Viele PassantInnen sind von den gewalttägigen Aktionen schockiert und fragen, warum die Medien diese verschweigen. Es wurden Spenden gesammelt, die reichten, um die Kampagne unabhängig von großen Geldgebern zu finanzieren. Immer wieder gab es Provokationen von Rechtsextremen. Jedes Mal endeten sie mit einem Platzverweis für die Rechten – nicht durch die Polizei, sondern durch das entschlossene Auftreten von Linken. Neben den Aktivitäten in Linz gab es welche in Wels, Gmunden und Vöcklabruck. GewerkschafterInnen luden uns zu Lehrlingstreffen ein, auch in Schulen konnten wir die Kampagne vorstellen.

Der beste Nährboden für rechte Hetze sind Armut, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot. Bei allen Aktionen machten wir klar, dass wir gemeinsam gegen Sparpakete, Stellenstreichungen und Betriebsschließungen kämpfen müssen, egal, welche Religion oder Hautfarbe wir haben oder woher

Flo Klabacher

wir kommen. Wir fordern die Gewerkschaften auf, sich unserer Kampagne anzuschließen, besuchten z.B. den GPA-Jugendkongress und verteilten vor der Arbeiterkammer.

Vorläufiger Höhepunkt der Kampagne war die Demonstration am 11.4. Wir wollten nicht durch die großen Einkaufsstraßen demonstrieren, sondern dort eine Alternative anbieten, wo sie gesucht wird und nötig ist (von der Otto-Glöckel-Schule zum Schillerpark). Eine Demonstration mit siebzig TeilnehmerInnen mag klein wirken. War die Kampagne also ein Misserfolg? Mitnichten!

Ein Ziel der Kampagne war es, ein Netzwerk gegen rechte Gewalt und rassistische Hetze aufzubauen. Das ist gelungen.

Für uns ist klar: Nach der Kampagne ist vor der Kampagne! Der nächste Schritt war daher die Mobilisierung gegen Straches Auftritt am 1. Mai in Linz, wo er im Bierzelt seine rassistische Hetze verbreitet. Und es geht weiter... Komm zu den Treffen der SLP und werde mit uns gemeinsam aktiv: Gegen rechte Hetze, gegen Nazigewalt und gegen Kürzungspolitik – Für Jobs, Bildung, Wohnungen und soziale Absicherung für alle Menschen, die in Österreich leben!

Flo Klabacher



Nein zum 12-Stundentag!

In Salzburg gibt es seit Herbst Widerstand gegen die geplante Verlängerung der täglichen Maximalarbeitszeit auf 12 Stunden. Auf Initiative der SLP sam-

von SLP-Aktivisten eingebracht und einstimmig wurde beschlossen, „Für Arbeitszeitverkürzung und eine 6. Urlaubswoche zu kämpfen.“

Die Menschen haben die Verschlechterung der Arbeitssituation immer mehr satt und wollen dagegen kämpfen. „Es kann nicht sein, dass wir im-

Übergabe von Unterschriften an die Arbeiterkammer Salzburg – jetzt müssen Taten folgen!

melte das Aktionsbündnis gegen den 12 Stundentag bereits mehrere hundert Unterschriften. Am 7. April wurden diese dem Präsidenten der Arbeiterkammer (AK) Salzburg, Siegfried Pichler, übergeben. Die SLP war gemeinsam mit KPÖ und GLB bei der Übergabe präsent. Auch beim GPA-djp Regionalforum am 16. April wurde ein entsprechender Antrag

Bisher kamen sowohl von AK als auch ÖGB wenig konkrete Aktionen. Da Wirtschaft und Regierung weiter versuchen, die Arbeitszeit auszuweiten, ist endlich wirklicher Widerstand notwendig. Bei den vielen Kundgebungen der SLP zum Thema hat sich gezeigt, wie wichtig das Thema vielen ist, die auch bereit sind, etwas zu tun.

mer länger arbeiten müssen und immer weniger verdienen.“, war eine häufige Reaktion. Unterschriften und Antrag sollen den Druck auf die Führung von AK und ÖGB erhöhen, endlich Aktionen zu setzen – Kundgebungen, Demonstrationen bis hin zu Streiks. Denn Worte allein werden nicht reichen!

Lukas Kastner

TTIP stoppen – International statt national!

Am 18.4. protestierten allein in Österreich 20.000 gegen TTIP. Das Abkommen, das in Geheimdiskussionen zwischen EU und USA verhandelt wird, beinhaltet u.a. Angriffe auf KonsumentInnen- und Umweltschutz. Aber v.a. sollen die für die Beschäftigten schlechtesten, für Konzerne günstigsten Standards gesetzliche Grundlagen erhalten.

Zu den Demos hat auch der ÖGB aufgerufen. Doch es darf nicht bei Dampf-

ablassaktionen bleiben. Die SLP erklärte in Flugblättern in Salzburg, Graz, Wien und Linz, dass nun Aktionen in Betrieben bis hin zu Streiks folgen müssen. Es ist notwendig, den undemokratischen Charakter des Kapitalismus aufzugreifen. Vereinzelte Rechte versuchten, mit nationalistischen Lösungen zu intervenieren. Doch es braucht internationalen Widerstand gerade von ArbeiterInnen gegen diese Angriffe.

Moritz Erkl

Termin des Monats

Seminar:
Neue Formationen in Europa
und Perspektiven für den Aufbau
neuer ArbeiterInnenparteien

ArbeiterInnen & Partei

Am Pfingstwochenende wollen wir nicht untätig in der Sonne braten, sondern die Zeit nutzen, um uns zu schulen. An zwei Tagen setzen wir uns mit der Entwicklung der Sozialdemokratie, der Geschichte des CWI, dem Verhältnis zwischen revolutionärer und ArbeiterInnenpartei und neuen, linken Formationen wie Podemos und Syriza auseinander.

Internationaler Gast: Danny Byrne.

23./24. Mai, Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien

Anmeldung: moritz.erkl@gmx.at



Beim Songcontest ging es nie wirklich um Musik. Vielmehr soll „Friede, Freude, Eierkuchen“-Stimmung verbreitet werden. Der Mega-Event ist besonders für den Tourismus ein Geschäft. Die Stadt Wien will sich von der besten Seite zeigen: Sie verteilt im Vorfeld Blechfiguren und Herzerlstecker. Im Zeichen des Umweltschutzes soll es Bio-Gerichte aus Mehrweggeschirr geben – vermutlich zu stattlichen Preisen. Aber was passiert mit allem, was nicht dem Herzchen-Bild entspricht? Wird die Stadt Wien das Vorgehen gegen Betteln verschärfen? Werden Demonstrationen durch z.B. eine Sperrzone

Rote Seitenblicke

rund um die Stadthalle verhindert? Werden sich Beschäftigte zu ihren Arbeitsbedingungen äußern dürfen oder werden Streiks untersagt? Werden Ladenöffnungszeiten ausgehebelt, um möglichst viel Profit rauszuholen?

Wir wissen von anderen Großereignissen (z.B. Ski-WM in Schladming, Fußball EM08), dass dem schönen Erscheinungsbild (und natürlich den Gewinnen) alles andere untergeordnet wird. Bringt das Event Jobs? Gerade die Jobs im Tourismus sind in der Regel besonders prekär, mies bezahlt und nicht von Dauer. Auf die Rechte von Beschäftigten wird gepfiffen – 700 Freiwillige arbeiten für ein T-shirt und eine Eintrittskarte gratis bei den Shows. Die 25 Millionen Euro, die ORF und Stadt Wien in die Veranstaltung stecken, fehlen an anderer Stelle. Wenn Konflikte unterdrückt werden, um ein schönes Erscheinungsbild zu garantieren – dann ist der Songcontest kein Symbol für Weltoffenheit und Frieden.

Laura Rafetseder



Kein Fußball dem Faschismus!

Das Positive: In Österreich sind die rassistischen PEGIDA-Demos immer kleiner als die Gegendemos. Doch kommt es am Rande immer wieder zu Angrif-

rechte Fanclubs die Fantribüne verlassen, weil sie nicht mehr mit den Nazis von Unsterblich Wien in Verbindung gebracht werden wollen – aber auch,

sierten der österreichische Fußballbund ÖFB, das Innenministerium und der Journalistenverband Sports Media Austria eine Konferenz zum The-

„schwuler DFB“ (deutscher Fußballbund) sei nicht homophob...

Rechte Hooligans profilieren sich mit PEGIDA. Doch immer mehr Fußballfans wollen das nicht.

fen durch kleine Schlägergruppen, die ihre Heimat u.a. in den Fußballstadien haben.

Ihnen geht es nicht um möglichst große Demos. Vielmehr geht es um die Herstellung einer Bedrohungskulisse für alle, die nicht in deren Selbstbild passen. Das spüren vor allem jene, die den Nazis im Stadion entgegenstehen wollen. Bei der Austria Wien haben etliche nicht

weil sie fürchten müssen, wegen ihrer Haltung körperlich attackiert zu werden. Dennoch versuchen sich AustrianerInnen u.a. mit Aufklebern wie „Lieber tot als unsterblich – a echter Wiener is ka Nazi“ gegen die Nazis in der Fankurve zu organisieren.

Derweil hat man auf der offiziellen Ebene des Fußballsports den Schuss noch nicht gehört. Vergangenen Herbst organi-

ma Extremismusprävention im Sport.

Fußballfans waren keine eingeladen. Bei der Konferenz ging es nur darum, wie man radikalierte Fans unter Kontrolle kriegen soll. Rechte und Linke wurden fröhlich in einen Topf geworfen. Laut dem Ballesterer Fußballmagazin konnte ÖFB-Generalsekretär Alfred Ludwig dort erklären, der Gesang

Mit solchen „Freunden“ braucht man keine Feinde. Da lohnt sich eher der Blick auf die wachsende Zahl von Fanclubs und Ultradgruppen, die sich gegen Rassismus, Homophobie und Sexismus im Fußball engagieren. Es gibt sie unter anderem in Wien, Innsbruck, St. Pölten, Graz und Linz. Sie laden Obdachlose oder Asylsuchende zu Spielen ein, machen farbenfrohe Aktionen in den Stadien, organisieren Veranstaltungen und mobilisieren gegen PEGIDA! Auch im Fußball gilt also: Kein Vertrauen ins Establishment, kämpfen müssen wir selber!

Christian Bunke

Steuerreform: Kultur wird noch teurer

Die Entlastungen durch die Steuerreform führen hauptsächlich zu einer Umverteilung von Geldern in den mittleren Einkommensbereichen. NiedrigverdienerInnen profitieren am wenigsten, Leute mit hohem Einkommen am meisten. Der Staat holt sich die geringeren Steuereinnahmen u.a. durch Kürzungen und höhere Abgaben bei den Lohnabhängigen zurück. Die SpitzenverdienerInnen und Reichen bleiben weitgehend unan-

getastet. Stattdessen wird u.a. die Mehrwertsteuer auf Kinotickets, Bücher und Theaterkarten von 10% auf 20% verdoppelt. Das trifft wieder die NiedrigverdienerInnen am meisten. „Die paar Cent“ werden wahrscheinlich niemanden vom Theaterbesuch abhalten, aber es zeigt, wohin die Reise geht: Massensteuern statt Reichensteuern.

Für die 1,2 Millionen Menschen, die in Österreich unter der Armutsschwelle leben, ist eine

Konzert-, Theater- und auch Kinokarte schon jetzt zu teuer. Die unsozialen Massensteuern treffen immer die Armen am härtesten und gehören abgeschafft. Stattdessen ist eine höhere Besteuerung der Gewinne von Unternehmen, der Milliarden in den Stiftungen, der Vermögen und Spitzeneinkommen der Reichen notwendig. Damit ist dann auch ein kostenloser Zugang zu Kultur möglich.

Georg Kumer



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Streiken für ein besseres Leben!

Überall wird gespart – sei es im Bildungssektor mit der Zentralmatura oder im Sozialbereich mit Millionen-Kürzungen bei Behinderteneinrichtungen. Das Geld reicht nicht, die Mieten sind zu teuer, die Preise und Gebühren zu hoch. Der Lebensstandard in Österreich sinkt immer tiefer, Reallöhne fallen seit Jahren und immer mehr Menschen finden keine Arbeit mehr.

schen. Einem kleinen Häufchen Superreicher stehen Millionen Menschen gegenüber, die ihren hart erarbeiteten Lohn fürs Notwendigste zusammenkratzen müssen. Und die Krise ist nicht vorbei, sondern steht grad vor dem nächsten Eintauchen und damit vor noch aggressiveren Angriffen.

Da zeigt sich auch, dass die Darstellung vom

Widerspruches eigentlich permanent Klassenkampf, zur Zeit ist er oft ein einseitiger, es hagelt Angriffe von Regierung und Unternehmen. In Österreich war Streik lange undenkbar, doch seit ein paar Jahren kommt er wieder vor, als Möglichkeit. International und auch in Europa nehmen in den letzten Jahren Streiks in allen verschiedenen For-

abgeschwächt werden, können sogar Verbesserungen erreicht werden. Der ÖGB hinkt da noch hinterher. Oft wird zu Kundgebungen aufgerufen, wo jedoch meistens die kämpferische Stimmung der Beschäftigten in SPÖ-Lobhudelei kanalisiert wird, und der ÖGB die „kompromissfähige Zusammenarbeit“ anteist. Die Sozialpartnerschaft zieht den Gewerkschaften die Zähne, wenn es darum geht, bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und mehr Jobs zu erkämpfen. Das können wir uns einfach nicht mehr leisten!

reichen, UnternehmerInnen und ihre Vertretungen in Parlament und Regierung wirklich in die Mangel zu nehmen, müssen wir ihnen das entziehen, was ihren Reichtum schafft – unsere Arbeitskraft! Denn nicht der Chef oder die Managerin schafft die Werte, sondern die ArbeiterInnen und Angestellten. Indem sie ihre Arbeitskraft verweigern, machen sie auf diese Tatsache aufmerksam. Sie setzen den Boykott der Arbeit gemeinsam als Druckmittel ein.

Nein, wir streiken nicht gerne, aber es ist eine der wenigen wirkungsvollen Waffen, die die ArbeiterInnenklasse noch hat. Wir haben lange genug verhandelt, gute Fakten gebracht und versucht, zu überzeugen. Jetzt müssen wir kämpfen. Und dazu brauchen wir kämpferische und demokratische Gewerkschaften, die bereit sind, Streiks zu organisieren und zu führen!

Dominik Unter

Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt... Oder warum wir uns das Kampfmittel Streik nicht nehmen lassen dürfen.

Durch die immer längeren Arbeitszeiten werden viele ArbeiterInnen ins Burnout getrieben.

Gerade in Zeiten der Krise reden PolitikerInnen immer wieder von Gürteln, die enger geschnallt werden müssen. Damit sind natürlich nicht die ihren gemeint, sondern die Budget-Gürtel der „normalen“ Men-

Boot, in dem wir alle gemeinsam sitzen, nicht stimmt. Die Interessen von Unternehmen (längere Arbeitszeit und weniger Lohn) und Beschäftigten (kürzere Arbeitszeit und mehr Lohn) sind nicht gleich, sondern stehen in direktem Widerspruch.

Im Kapitalismus herrscht aufgrund dieses

men zu: kurze, lange und Generalstreiks, wilde und solche mit gewerkschaftlicher Unterstützung, für ein paar Stunden und unbefristete... Von Norwegen bis Italien, von Nord-Irland bis in die Türkei, überall wehren sich die ArbeiterInnen. Wo gestreikt wird, können Angriffe aufgehalten oder zumindest

Die Mehrheit seiner Mitglieder ist für einen kämpferischen ÖGB

Wie soll der ÖGB gegenüber Arbeitgebern künftig auftreten?



Wie wichtig sind aus Ihrer Sicht Konfliktaustragung, Organisation von Streiks und andere Kampfmaßnahmen?



Grafik: ASI | Quelle: ÖGB Mitgliederbefragung 2006



Zahlen und Fakten:

- 1948 streikten knapp 5.000 SchuharbeiterInnen für zwei Monate dagegen, dass die Kosten des Wiederaufbaus auf die Beschäftigten abgewälzt wurden. Einige trotzkistische Betriebsräte spielten dabei eine wesentliche Rolle. Die Ablehnung des Österreich-Patriotismus war ein wesentlicher politischer Faktor im Kampf gegen die Argumentation der Lohn-Preis-Abkommen. Erst durch einen geheim gehaltenen Kompromiss konnte die ÖGB-Führung den Streik „abdrehen“. Nach zwei Monaten wurde aber die Fixierung der 44 Stundenwoche erreicht.
- 1950 brach im Oktober in der westlichen Besatzungszone ein Streik gegen das 4. Lohn-Preis-Abkommen (Vorläufer der Sozialpartnerschaft) aus. 120.000 Menschen streikten gegen ein weiteres Absenken des Lebensstandards zu Gunsten der Wirtschaft. Der Streik wurde von ÖGB Führung verraten und als „Kommunisten-Putsch“ verunglimpft. Der ÖGB organisierte Streikbrecher und Schlägertrupps mit Hilfe der US-Besatzer und schlug den Streik nieder.
- 1962 streikten 130.000 - 200.000 MetallarbeiterInnen für Lohnerhöhungen und andere Verbesserungen. In den 50er und 60er Jahren stieg die Produktivität um 14%, was sich aber nicht auf die Löhne auswirkte. Erreicht wurde eine Erhöhung der Mindestlöhne um 9-12%.
- 1966: 250.000 Beschäftigte streiken gegen die Einreise des selbsternannten Thronfolgers Otto Habsburg. Der Streik von 1966 markiert damit den wohl bedeutendsten politischen Streik der 2. Republik.
- 1970 erkämpften bei Bauknecht in Rottenmann 1.600 Beschäftigte in zwölf Tagen die Erhöhung der Prämien und eine Fahrgeldvergütung.
- 1978 erreichten 2.000 Streikende bei Semperit in Traiskirchen eine Lohnerhöhung, jedoch bei gleichzeitigen Arbeitsverschlechterungen.
- 2003 streikten LehrerInnen, Beschäftigte bei ÖBB, AUA und Post gegen Kürzungen. An einem Streiktag gegen die Pensionsreform legten über eine Million Menschen die Arbeit nieder.
- 2004 traten zum ersten Mal freie DienstnehmerInnen in den Streik. Die BotenfahrerInnen bei Veloce kämpften unter anderem um mehr Geld, mehr Transparenz bei den Zahlungen und für das Recht auf einen Betriebsrat.
- 2011 streikten die MetallerInnen für eine Lohnerhöhung von 5,5%. Erreicht wurden durchschnittlich 4,2%.
- 2012 drohte den Landesbeschäftigen in Salzburg eine Nulllohnrunde. Daraufhin traten tausende Beschäftigte, auch ohne Zustimmung der Gewerkschaft in Streik und erreichten eine Lohnerhöhung um € 50,-.

Thomas Hauer

Das K Streik

In Österreich gab es in den letzten Jahrzehnten kaum Streiks, es fehlt „die Übung“. Zusätzlich gibt es FunktionärInnen der Gewerkschaft, die es sich in der Sozialpartnerschaft so bequem gemacht haben, dass sie zwar mit Streiks drohen, diese aber nicht

kann ein gewähltes Streikkomitee sein, das sich aus den engagiertesten KollegInnen zusammensetzt. Das können BetriebsrätInnen und GewerkschaftsvertreterInnen sein, muss aber nicht, wenn sich herausstellt, dass andere mehr Vertrauen in der Belegschaft

Streiken ist ein politisches Grundrecht und immer notwendiger: Aber wir sind aus der Übung gekommen.

wirklich organisieren und lieber faulen Kompromissen zustimmen. Daher ist es besonders wichtig, die Erfahrung früherer Streiks und von Arbeitskämpfen in anderen Ländern zu sammeln und daraus zu lernen.

1. Ein Streik muss gut organisiert sein. Dafür braucht es die Einbindung möglichst vieler KollegInnen. Dazu können Arbeitsgruppen von KollegInnen eingerichtet werden (zur Sammlung von Informationen, zur Information der Öffentlichkeit, zur Herausgabe einer Streikzeitung etc.) und es müssen regelmäßig (z.B. täglich oder jeweils zu Schicht- bzw. Dienstbeginn) Versammlungen organisiert werden, an denen die streikenden KollegInnen und UnterstützerInnen, aber keine VertreterInnen oder Spitzel der Geschäftsführung, teilnehmen.

2. Damit ein Streik funktioniert und v.a. damit er, wenn nötig, auch länger durchgehalten werden kann, muss er demokratisch sein. Ein Instrument

genießen. Dieses Streikkomitee steht ständig in Kontakt mit den KollegInnen und informiert über alle Schritte. Und es muss auch „grade stehen“ für das, was es tut – und wenn die KollegInnen unzufrieden mit der Arbeit des Streikkomites sind, dann können sie es auch jederzeit wieder abwählen.

3. Oft versuchen UnternehmerInnen, Medien und Regierung eine Belegschaft, die sich gegen Verschlechterungen wehrt, mit Rassismus und Sexismus zu spalten. Manchmal treffen diese Versuche auch auf bereits vorhandene. Auch die Vielzahl unterschiedlicher Verträge und Dienstverhältnisse in einem Betrieb dienen dazu, um Beschäftigte von einander zu trennen. Doch es ist wichtig, sich klar gegen jegliche Form von Diskriminierung und Spaltung einzusetzen. Nur wenn wir geschlossen auftreten können wir auch erfolgreich sein.

4. Oft wird uns auch das Recht zu streiken abgespro-

chen. Doch Streiken ist legal. Das gilt sowohl für die Privatwirtschaft als auch für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst. Das gilt für „ökonomische“ wie auch „politische“ Streiks. Und: Es ist gut, wenn ein Streik von der Gewerkschaft unterstützt wird – aber rechtlich ist es nicht notwendig. Ein sogenannter „wilder“ Streik (ohne Unterstützung der Gewerkschaft) ist zwar schwerer durchzuführen, weil es z.B. kein Streikgeld gibt. Dafür kann aber auch keine Gewerkschaftsführung bremsen. Auch ein „wilder“ Streik ist möglich, legal und kann erfolgreich sein.

5. Und selbst wenn sie versuchen, uns mit Gesetzen vom Kämpfen abzuhalten: Streik ist ein politisches Grundrecht, das wir uns nicht nehmen lassen dürfen. Gute Argumente, Unterschriften und Protestkundgebungen reichen oft nicht, um soziale und demokratische Rechte zu verteidigen. Trotzdem werden KollegInnen entlassen oder Löhne bzw. Zusatzzahlungen gestrichen. Oder wenn der Arbeitsdruck immer größer wird – dann bleibt uns gar nichts anderes übrig, als uns mittels Streik zu verteidigen.

6. Die KollegInnen in einem Betrieb wissen am besten, was sie brauchen und was möglich ist. Daher müssen wichtige Entscheidungen auch von ihnen gefällt werden. Über Punkte wie Streikbeginn, Streikende, die Annahme oder Ablehnung von Verhandlungsergebnissen und z.B. in Spitätern den Umfang eines Notbetriebes muss es

kleine rik-1x1



daher nach ausführlichen demokratischen Diskussionen Abstimmung geben. Die Verhandlungen mit Behörden, Wirtschafts- und UnternehmensvertreterInnen müssen von den Beschäftigten (z.B. via Videoübertragung) mitverfolgt werden können. Geheimverhandlungen dienen nur dazu, die Belegschaft zu spalten und damit die Gegenseite nachher bereits gemachte Zugeständnisse leugnen kann. Es mag sein, dass eine solche Demokratie

dung und Solidarität durch die sonst zu betreuenden/pflegenden/unterrichtenden Menschen besonders wichtig.

8. Die Medien machen streikende ArbeiterInnen eigentlich immer schlecht und informieren falsch – darum brauchen wir eigene Medien (Streikzeitung, Internet, Einladung, den bestreikten Betrieb zu besuchen etc.). Je entschlossener die KollegInnen auftreten und je demokratischer der Streik geplant ist,

ges von Wert von der Unternehmensleitung „auf die Seite geschafft wird“. Letztlich ist es eine ganz praktische Frage: Warum sollen die Werte eines Unternehmens einem/r „BesitzerIn“ gehören, der/die den Betrieb z.B. geerbt hat bzw. in den Bankrott getrieben hat. Gehört er nicht eigentlich viel eher jenen Menschen, die über Jahre und Jahrzehnte täglich die Werte in diesem Unternehmen geschaffen haben?! International gibt es eine Reihe von Beispielen, wo sich KollegInnen mit Besetzungen erfolgreich gegen Entlassungen oder Werkschließungen gewehrt haben.

10. Viele Angriffe kommen nicht von einzelnen Unternehmen, sondern von Branchen, Unternehmerorganisationen oder auch Regierungen. Auch gegen diese müssen wir uns wehren. Dazu kann ein Generalstreik ein Mittel sein. Dieser ist genauso legal und legitim wie ein „normaler“ Streik, hat aber natürlich größeres Ausmaß, braucht eine bessere Vorbereitung und auch klare politische Ziele.

Streik ist eine scharfe Waffe. Sie wird nicht leichtfertig eingesetzt. Doch sie wird immer notwendiger, um sich gegen den unmenschlichen Arbeitsdruck, die Prekarisierung der Arbeit, Stellenabbau und Einkommensverluste zu wehren. Und wenn wir uns wehren – dann richtig!

Die Texte in diesem Artikel wurden im Wesentlichen aus den Broschüren „Streik – kurz & bündig“ und „Sozialistische Antworten auf die Krise“ übernommen.



Marx aktuell

Gewerkschaften sind der Zusammenschluss von ArbeiterInnen, um ihre Interessen gemeinsam umzusetzen. Doch der Kapitalismus durchlebt eine strukturelle Krise. Der Verteilungskampf zwischen Kapital und Arbeit wird härter. Zentrale Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung werden angegriffen. Da stößt eine Politik, die einen „gerechteren“ Kapitalismus erreichen will, rasch an Grenzen.

Gute Argumente, Verhandlungen etc. funktionieren nicht, die Gewerkschaft steht mit dem Rücken zur Wand. Sie hofft, den Staat für eine gerechtere Politik gewinnen zu können. Doch der ist kein neutraler Schlichter. Ganz im Gegenteil, er ist ein Instrument der herrschenden Klasse. Diese Verandelung zwischen VertreterInnen der ArbeiterInnen, Politik und Wirtschaft wird in Österreich durch Sozialpartnerschaft und

Gewerkschaften: Kämpfen oder Verwalten?

SPÖ-Anbindung deutlich. Doch so machen sich die Gewerkschaften letztlich zum Handlanger der Wirtschaft und Regierung.

„Sie [die Gewerkschaften, Anm.] haben einem zentralisierten, eng mit der Staatsgewalt verbundenen kapitalistischen Widersacher zu begegnen. Für die Gewerkschaften – soweit sie auf reformistischem Boden bleiben, das heißt soweit sie sich dem Privateigentum [an Unternehmen, Anm.] anpassen – entspringt hieraus die Notwendigkeit, sich auch dem kapitalistischen Staate anzupassen und die Zusammenarbeit mit ihm zu erstreben.“ (Leo Trotzki, Die Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs, August 1940)

Und doch sind und bleiben Gewerkschaften die erste Anlaufstation von ArbeiterInnen, um ihre Situation zu verbessern. Sie sind Klassenorganisationen, der Druck der Beschäftigten spiegelt sich in ihnen wider. Solange es keine organisierte Opposition in der Gewerkschaft gibt, kann sich die Bürokratie auf Dampfablassaktionen beschränken. Sie gibt dem Druck bis zu einem gewissen Grad nach, um ihre Existenzberechtigung nicht zu verlieren. Doch konsequente Kämpfe sind nicht ihr Ziel. Die Gefahr ist zu groß, dass diese weiter gehen würden und die Grundfesten des kapitalistischen Systems in Fragen stellen.

Die Gewerkschaft steht also im Spannungsfeld zwischen Rettung des Systems der Ausbeutung, oder aktiver Teil bei dessen Sturz. Die Lage der ArbeiterInnenklasse zu verbessern, ist in einem krisengeschüttelten Kapitalismus längerfristig nur durch dessen Sturz möglich. Wenn sie kämpft, entstehen in einer Wechselwirkung auch demokratische Strukturen. Eben weil die Gewerkschaften auch die „Kriegsschule der ArbeiterInnen“ (Friedrich Engels in: Die Lage der Arbeitenden Klasse in England, 1845) sind, wird dort in den Klassenkämpfen auch das nötige Rüstzeug für eine künftige Revolution gelernt.

Daher setzen sich SozialistInnen in Gewerkschaften, bei Streiks, aber auch in Basisinitiativen an vorderster Front für einen konsequenten Kampf um die jeweiligen Forderungen ein. Über den täglichen Kämpfen darf die Ursache dahinter, der Kapitalismus, nicht vergessen werden. Konsequente gewerkschaftliche Arbeit braucht daher einen politischen Bündnispartner, eine sozialistische Partei mit antikapitalistischem Programm. Denn es ist klar, dass in einem Wirtschaftssystem, wo es nur um Profite Weniger geht, die Bedürfnisse der Menschen immer zu kurz kommen werden. Das System kann nicht reformiert, sondern muss als ganzes ersetzt werden..

Jan Millonig



Der Generalstreik als Waffe der ArbeiterInnenklasse

Wenn die Klassiker des Marxismus immer wieder betonten, dass die ArbeiterInnenklasse die einzige Macht sei, die den Kapitalismus stürzen könne, dann war das keine auf moralischen Urteilen beruhende Marotte. Diese Einschätzung basierte auf der Tatsache, dass ein erfolgreicher gesellschaftlicher Umsturz

lidarität der ArbeiterInnenklasse untereinander. Diese ergeben sich nicht automatisch. Die Regel sind kleinere Streiks, in denen ein Bruchteil der ArbeiterInnen für einen begrenzten Zeitraum für einzelne Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Situation streikt. Doch diese Kämpfe können ein Sprungbrett für

grenzungen des Generalstreiks sind die Geschehnisse um den Kapp-Putsch 1920. Ein Generalstreik von Millionen ArbeiterInnen brachte binnen Tagen eine rechtsextreme Putschregierung zu Fall. Aber hier zeigen sich auch die Grenzen des Generalstreiks: Die Sozialdemokratie, die zwei Jahre zuvor die sozialistische Re-

ausreichend ist, um einen Systemsturz herbeizuführen. Dort fanden seit Beginn der brutalen Sparmaßnahmen der Troika dutzende Generalstreiks statt, aber immer nur zeitlich eng begrenzt und ohne systemüberschreitende Perspektive. So erschütterten die Streiks kaum die Stabilität der Regierungen und das Sparen konnte weitergehen. Solange die großen Gewerkschaften von einer Führung dominiert sind, die sich mit dem Kapitalismus gütlich einigen will, werden sie Generalstreiks nur in politischen und wirtschaftlichen Extremsituationen in Erwägung ziehen. Wenn solche Gewerkschaften unter dem Druck der Basis doch in einen Generalstreik gezwungen werden, versuchen sie diesen zu mäßigen und abzubremsen, ehe er dem Kapital gefährlich werden kann. Sie wollen das Kapital nur dazu bewegen, ihnen innerhalb des kapitalistischen Rahmens ein paar Konzessionen zu machen, nicht aber, diesen Rahmen zu sprengen.

Die Gewerkschaftsbürokratie nützt den Generalstreik zum Dampfablassen – doch er kann den Kapitalismus stürzen.

nicht ohne eine potentiell überwältigende ökonomische Machtbasis vollzogen werden kann. So, wie nur das wirtschaftlich aufstrebende Bürgertum den Adel entmachten und den Kapitalismus schaffen konnte, so kann in der Moderne nur die ArbeiterInnenklasse das Kapital stürzen und den Sozialismus errichten. Das naheliegendste Mittel des Kampfes ist für ArbeiterInnen der Streik: Wenn die ArbeiterInnen keinen Mehrwert mehr produzieren, entziehen sie dem Kapital die Basis. Zumindest theoretisch, denn Voraussetzung dafür ist ein ausgeprägtes Klassenbewusstsein und So-

das Bewusstsein und die Kampfkraft der ArbeiterInnenklasse sein, wenn sie verknüpft und mit einem größeren Ziel verbunden werden. Ein ausdauernder Generalstreik ist ein Kampfmittel, das die ArbeiterInnenklasse potentiell unbesiegbar macht. Es kann aber nur realisiert werden, wenn zuvor das nötige politische Bewusstsein ausgebildet wurde – und wenn eine revolutionäre Partei ihn begleitet, die der Bewegung eine Kapitalismus überwindende Perspektive geben kann.

Eines der eindrucksvollsten Beispiele für die theoretischen Möglichkeiten und die praktischen Be-

volution abgewürgt hatte, konnte wieder an die Macht zurückkehren, sich erneut mit den Freikorps arrangieren und sie gegen die ArbeiterInnen des Ruhrgebiets losschicken, die weiterstreikten und versuchten, die Situation in eine sozialistische Revolution zu überführen. Das politische Bewusstsein und die Klassensolidarität der meisten ArbeiterInnen waren stark genug, eine revolutionäre Situation zu schaffen – aber ihre revolutionäre Führung, die KPD, war nicht in der Lage, die Revolution zum Erfolg zu führen.

Auch ein Blick auf Griechenland zeigt, dass der Generalstreik allein nicht

reit und fähig sind, ihn in revolutionärem Sinn anzuwenden. Ein Generalstreik kann zu einem Systemsturz führen und mehr sein als eine Drohgebärde, um der Gewerkschaftsbürokratie etwas Prestige zu verschaffen. Dazu ist die enge Zusammenarbeit mit einer revolutionären Partei nötig. Die demokratischen Strukturen, die eine Streikbewegung braucht, um funktionieren zu können wie ArbeiterInnenräte, proletarische Selbstverteidigungskomitees usw. bilden auch die Basis für eine echte neue Demokratie, wenn der Kapitalismus durch Generalstreik und Revolution hinweggefegt wird. Diese Strukturen entstehen meist spontan, doch wenn sie sich vernetzen, Betriebe übernehmen und Nachbarschaften verwalten, stellen sie die Keimzelle einer sozialistischen Gesellschaft dar. Doch dafür braucht es bewusste politische Agitation im Streik und den Strukturen. Der Generalstreik allein stürzt noch nicht den Kapitalismus – aber mit einer revolutionären Partei, die ihn zu nutzen weiß, kann er der Beginn sein.

Fabian Lehr

Die Angst vor der Radikalisierung

Glauben wir der Regierung, ist das „größte Problem“ derzeit die Radikalisierung muslimischer Jugendliche. Als Lösung dieses Problems wird eine Offensive in der Politischen Bildung vorgeschlagen, um so Jugendliche davon abzuhalten, von der „Mitte“ abzuweichen.

Das Gerede im Fach Geschichte und Politische Bildung über den demokratischen Verfassungsstaat und vermeintliche Migrationsrechte erweist sich schon in der Schule als ein Trugbild. Die SchülerInnen-Vertretung hat kaum Einfluss auf das Geschehen. Alles unterliegt dem Diktat der Direktion und des Ministeriums. Nicht einmal die eigenen Rechte bekommen SchülerInnen laut Lehrplan beigebracht. Wer trotzdem versucht, seine Rechte in Anspruch zu nehmen und z.B. versucht, an der Schule einen Protest gegen Bildungskürzungen zu organisieren, wird vom Rektorat vorgeladen und verwarnt. Oft wird auch versucht, Schulstreiks mit Einschüchterungen gegen die SchülerInnen abzuwürgen.

Die Maßnahmen der Regierung zielen besonders auf migrantische Jugendliche. Gerade diese wachsen öfter in besonders von Armut betroffenen Verhältnissen auf und sind täglich mit Rassismus und Pers-

pektivlosigkeit konfrontiert. Etwas über „staatsbürgerliche Rechte“ zu lernen, und dann beim Bewerbungsgespräch schon wegen des migrantischen Namens keine Chance zu haben wird sicher nicht von einer „Radikalisierung“ abhalten. Zu sehen,

dass der Staat zwar eine Übersetzung des Koran vorschreibt und Muslime/Muslimas unter Generalverdacht stellt, aber gleichzeitig christliche FundamentalistInnen mit Steuererleichterungen unterstützt, lehrt mehr über den Staat, als das der Unterricht je könnte. Nicht fehlende politische Bildung macht wütend auf die Gesellschaftsordnung, das schafft die von alleine.

Es ist völlig richtig, „radikal“ zu werden. Das heißt nichts anderes, als den Problemen an die Wurzel gehen. Der Islamismus hat genauso keine Antworten auf die Probleme unserer Zeit wie ein Fach Politische Bildung, wie es die Regierung vorsieht. Die Antwort muss von Links kommen: Wer verhindern will, dass sich Jugendliche dem Islamismus verschreiben, muss eine Alternative zeigen, wie sich sinnvoll gegen das System kämpfen lässt. Die Alternative heißt echte Demokratie, also Sozialismus.

Max Uhlir



Hände weg von Schulen!

Die britische Regierung plant, Hunderte weitere Schulen in „Akademien“ zu verwandeln, die nicht

wenig Leistung bringen, werden rausgeworfen.

Im Londoner Stadtteil Lewisham regt sich Wi-

tisierung aussprach, an einer weiteren Schule konnten die Verkaufspläne gestoppt werden.

Aufstand in britischen Schulen gegen die Privatisierungspläne der neoliberalen Regierung.

von der gewählten lokalen Verwaltung, sondern von Unternehmen kontrolliert werden. Als Auswirkungen dieser Profitlogik hängt es Angriffe auf Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten. Religiöse Fundis kauften Akademien, um Evolutionstheorie und Sexualkunde aus dem Unterricht zu streichen. SchülerInnen, die zu

derstand. Am 12. Februar, 5. und 24. März streikten und demonstrierten hunderte SchülerInnen und LehrerInnen gegen den Verkauf ihrer fünf Schulen an die „Company of Leathersellers“. An einer Schule organisierten sozialistische SchülerInnen eine Abstimmung, bei der sich die überwältigende Mehrheit gegen die Priva-

AktivistInnen der TUSC, eine Wahlallianz aus GewerkschafterInnen und SozialistInnen, an der sich die Socialist Party (Schwesterpartei der SLP in England und Wales) beteiligt, sind führend an der Bewegung beteiligt. Sie fordern eine auf den Gewerkschaften basierende aktive Kampagne gegen die Privatisierungspolitik, die sich nicht davor fürchtet, die Wurzel des Übels, den Kapitalismus, anzutasten und eine sozialistische Alternative aufzuzeigen.

Manuel Schwaiger

Die Qual der ÖH-Wahl



Die ÖH-Wahlen finden bald statt und einige StudentInnen stehen vor der Frage: Was tun? Einige, denn die Wahlbeteiligung ist traditionell niedrig (ca. 1/3). Das deutet darauf hin, dass die Aktivität der ÖH für die meisten Studis an ihrer Lebensrealität vorbeigeht. Der Schwerpunkt wird, mit Ausnahmen im Antifa-Bereich, auf Inner-Unithemen gelegt. Soziale Probleme der Studis wie Mieten, Geld, Job... werden in der Pra-

xis im wesentlichen im Wahlkampf aufgegriffen. Für die Bundesvertretung ist die beste Wahl der KSV, bei allem anderen muss man schauen, wer die jeweils kämpferischste Liste ist. Doch belasst es nicht beim Wählen! Werdet mit uns aktiv! Kämpfen wir gemeinsam für die Umsetzung der Wahlversprechen auf der Uni-Ebene, und ein besseres Leben gesamtgesellschaftlich!

Nikita Tarasov

Fundstück des Monats Hypowerbung: Schlechter Scherz?



Sicherheit und Stabilität sind wohl das Letzte, was wir mit der Hypo und dem österreichischen Bankensystem verbinden. Wohl auch, da sie eben keinen Mehrwert schaffen, sondern mit den durch unsere Arbeit geschaffenen Mehrwerten Casino spielen und uns die Zechenzahlen lassen wollen. Mehr Marx-Lesekreise für WerbexterInnen!



Südafrika: Das Entstehen einer ArbeiterInnenpartei

20.-24. April 2015 tagte das Zentralkomitee von NUMSA (National Union of Metal Workers of South Africa – MetallarbeiterInnenwerkstatt) – beschlossen wurde ein Fahrplan zu einer ArbeiterInnenpartei.

Zuvor hatte am 16./17.4. die NUMSA "Konferenz für Sozialismus" die Basis für

wusstsein der Massen entscheidend prägte. Damals wurde ein Streik bei einer der größten Platinbergbaufirmen der Welt brutal niedergeschlagen. Das Massaker war ein weiterer Beleg für die Verbürgerlichung des African National Congress (ANC), der als Regierungspartei dafür verant-

Rebellion gegen die NUM (National Union of Mineworkers, früher größte Gewerkschaft in COSATU). Die NUM stand bei diesem Streik auf Seiten der Bosse! Die ArbeiterInnen lehnten sich gegen die NUM auf – und damit gegen das Bündnis aus ANC, COSATU und der Kommunistischen Par-

tei haben NUMSA unterstützt und boykottieren die offiziellen COSATU-Treffen. Die übrigen Teilgewerkschaften stecken im Korruptionssumpf fest oder befinden sich in Spaltungen. Eine neue Dachgewerkschaft ist sehr wahrscheinlich. Ein Gipfel von ArbeiterInnen wird im Juni abgehalten, um das vorzubereiten.

Es ist noch offen, welchen Charakter die neue Partei letztlich haben wird. Die meisten der Initiativen in NUMSA leiden unter einem Mangel an politischer Klarheit. UF hat eine bundesweite Gründung im Juni 2015 vorbereitet. Aber anstatt für eine sozialistische Ausrichtung der neuen Partei zu argumentieren, hat sie diese und weitere wichtige Fragen an die Strukturen von NUMSA delegiert. Selbst die Frage, ob politische Parteien sich UF anschließen können, wurde delegiert. Das bedeutet, dass sich WASP (Workers and Socialist Party) als Partei im Moment nicht beteiligen kann, obwohl viele ihrer AktivistInnen eine wichtige Rolle in UF spielen. WASP war nach dem Marikana Massaker auf Initiative der DSM (Democratic Socialist Movement, CWI in Südafrika) aus der darauffolgenden Streikwelle gegründet worden. UF wird von linken

AkademikerInnen mit einer skeptischen Haltung zu ArbeiterInnenklasse und Sozialismus dominiert. Dennoch entwickelt sich UF in Richtung eines potentiellen Anziehungspol und ideologischer Opposition innerhalb von NUMSA.

Die Konferenz für Sozialismus hat dem Prozess hin zu einer neuen ArbeiterInnenpartei neuen Schwung gegeben. WASP und DSM hatten auf der Konferenz eine entscheidende Rolle und argumentierten für ein sozialistisches Programm. Wir werden weiterhin dafür kämpfen, dass eine neue Partei Massencharakter bekommt. Wir werden daher auch dafür eintreten, den Gewerkschaftsgipfel zu nutzen, um eine breitere Basis für die Gründung der neuen Partei zu haben. Eine solche ist mehr als nötig, angesichts des aktuellen Ausbruchs von Gewalt gegen MigrantInnen aus anderen afrikanischen Ländern sowie Pakistan und Bangladesch. Jene Schichten, die aufgrund der sozialen Misere auf diesen Rassismus setzen, könnten mit einer ArbeiterInnenpartei mit sozialistischer Ausrichtung eine echte Perspektive haben.

Weizmann Hamilton, DSM, CWI in Südafrika,

www.socialistsouthafrica.co.za

NUMSA beschließt Fahrplan für neue ArbeiterInnenpartei mit sozialistischer Ausrichtung.

diesen historischen Wendepunkt gelegt. Anwesend war fast die gesamte Linke, sowie VertreterInnen von sieben anderen Gewerkschaften des Gewerkschaftsbunds COSATU. Die Konferenz verabschiedete eine Erklärung für den Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei, die für eine sozialistische Zukunft kämpfen soll. Internationalismus und die Teilnahme an Wahlen wurden als Ziele fixiert. Schon vor dem Treffen des Zentralkomitees hatte dessen Führung angekündigt, die Empfehlungen der Konferenz anzunehmen. Bei einem Treffen des Zentralkomitees im Juni soll der Beschluss zur Gründung der Partei folgen.

Diese Entwicklungen sind Folge des Massakers von Marikana 2012, das das Be-

wortlich war. Wir hatten damals analysiert, dass Marikana den ANC endgültig diskreditieren wird, zum Wachstum von sozialistischen Ideen führen kann, sowie zu wachsender Unterstützung für den Aufbau einer MassenarbeiterInnenpartei mit sozialistischem Programm. Diese Perspektive hat sich bestätigt. Die ArbeiterInnen sehen den ANC nicht mehr als ihre Partei. Der ANC hatte in den Jahren vor dem Fall des Apartheidsregimes 1994 eine fortschrittliche Rolle gespielt, sich aber mehr und mehr zu einer bürgerlichen Kraft gewandelt und nach '94 die Seite des Kapitals bezogen.

Beim Streik selbst ging es gegen die dramatische Ausbeutung. Seine wirkliche Bedeutung liegt aber in der

tei (SACP).

2013 hatte Numsa u.a. beschlossen, den ANC bei den Wahlen 2014 nicht zu unterstützen. Die Zahlungen der Mitgliedsbeiträge an COSATU sollten ebenfalls gestoppt werden, bis die COSATU-Führung einem Sonderkongress zustimmt bzw. Generalsekretär Zwelinzima Vavi wieder einsetzt. Auch beschlossen wurden verschiedene Initiativen, um Kämpfe zu vereinen – u.a. „United Front“ (UF) und „Movement for Socialism“. Die COSATU Führung weigerte sich, als Sonderkongress zusammenzukommen. Stattdessen schloss sie NUMSA aus. Dieser Ausschluss markiert den Beginn des Endes von COSATU – sie steckt in einer tiefen Krise. Neun COSATU Teilgewerkschaften

Tunesien: Revolution gegen Terror

Nach dem Attentat am 18. März in Tunis, bei dem 22 Menschen getötet wurden, geht die Regierung in die Offensive. Doch nicht gegen die Probleme, die letztlich zum Terror führen und für die sie mitverantwortlich ist, sondern gegen die tunesische ArbeiterInnenklasse. Das Erbe der Revolution ist in Gefahr, denn unter dem Deckmantel der „Nationalen Einheit“ wird versucht, die Klassenwidersprüche zu verstecken und den Polizeistaat zu stärken. Ein geplantes neues Anti-Terror Gesetz könnte gewerkschaftlichen Widerstand im öffentlichen Dienst als „terroristischen Akt“ unter Strafe stellen, die Todesstrafe wieder einführen und es den Behörden ermöglichen, Menschen ohne Urteil unbegrenzt einzusperren. Den „Sicherheits“-Kräften wurde es per Gesetz erleichtert, Menschen zu kontrollieren, sie einzusperren, ja sogar ohne rechtliche Folgen zu töten, sofern es „im Kontext einer Mission“ geschieht. Gleichzeitig betreibt die bürgerliche Presse ihre arbeiterInnenfeindliche Propaganda und bezeichnet streikende Menschen und AktivistInnen als „ökonomische Terroristen“. Es ist also alles andere als ein Kampf gegen den Terror, sondern ein Kampf

Stefan Gredler

gegen die revolutionären Massen. Gegen jene, die das alte Regime unter Ben Ali stürzten und sich noch immer erbittert für soziale Verbesserungen und höhere Löhne einsetzen. Auch wenn die Führung des mächtigen Gewerkschafts-Dachverbandes UGTT sowie der „Front Populaire“ (linkes Parteibündnis im Parlament) sich zahnlos auf die „Nationale Einheit“ einlassen, ist der Widerstand an der Basis nach wie vor stark. LehrerInnen führen seit Monaten harte Arbeitskämpfe um Lohnerhöhung. Auch in den Phosphat-Minen im Süden, der Textilindustrie, im Postservice und weiteren Sektoren gibt es Widerstand der ArbeiterInnenschaft. 94 Streiks seit Beginn 2015 zeigen, die Revolution ist nicht tot! Die Regierung fürchtet einerseits die zahlreichen Klassenkämpfe, andererseits die revolutionäre Jugend, die von Wahlen ausgeschlossen ist (Wahlalter 23!). Deshalb kämpft das CWI-Tunesien für eine politische Alternative, die den Widerstand vereint, ein revolutionäres Programm bietet und somit dem Fundamentalismus nicht das Feld überlässt! Eine erneute Revolution ist nicht nur möglich, sondern notwendig!

Stefan Gredler



Nicht nur traurig, sondern wütend!

Das Mittelmeer ist ein Massengrab. Schätzungen sprechen von 10-40.000 ertrunkenen Flüchtlingen alleine 2008-13. Elend, Krieg, Umweltzerstörung

Verantwortlichen. Die EU will das Sterben im Mittelmeer nicht beenden – sie will es nur wieder zurück an die afrikanischen Küsten drängen: Bis 2011

Das Elend, das die Menschen in die Boote treibt, ist verknüpft mit Kapitalinteressen: Rüstungsexporte versorgen Kriegsparteien mit ständigem Nachschub. Dafür plündern sie Rohstoffe und stellen durch Kredite dauerhafte Abhängigkeit sicher. Es sind die gleichen KapitalistInnen, die in Europa Spardiktat und Armut vorantreiben. Statt einem Bündnis der EU mit Diktaturen und Warlords brauchen wir ein Bündnis der europäischen und afrikanischen ArbeiterInnen und Jugendlichen: Nur durch einen gemeinsamen Kampf von unten kann der Massenmord an Flüchtlingen beendet und die tödliche Profitmaschine gestoppt werden.

Tilman M. Ruster

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Australien: Gegen Rassismus

Am 4.4. versuchte die rechtsextreme Gruppierung „Reclaim Australia“, Demonstrationen gegen Muslime in verschiedenen größeren Städten Australiens abzuhalten. In Sidney, Canberra, Brisbane und Perth sowie in Melbourne wurden sie mit Gegenprotesten konfrontiert, die 10x größer waren. Die australische Schwesterorganisation der SLP, die Socialist Party, war eine führende Kraft der antirassistischen

Mobilisierungen. Seit der Entstehung von „Reclaim Australia“ kampanisierten AktivistInnen gegen die Gruppe und stellten deren rassistischer Hetze ein soziales Programm entgegen. Die RednerInnen der SP, die darauf hinwiesen, dass das einzige Minderheitenproblem das 1% Superreiche ist, bekamen nicht nur auf den Demos großen Zuspruch, sondern waren auch in vielen Massenmedien präsent.
www.socialistpartyaustralia.org

USA: Seattle am Weg zu \$15

Am 1.4. begann die erste Phase der Erhöhung des Mindestlohns in Seattle – von \$9 auf \$11 pro Stunde, und dann auf \$15. 100.000 Beschäftigte erhalten eine Lohnerhöhung, die sie aus der Armut holt. Erreicht wurde das durch die kämpferische Kampagne 15Now, initiiert von Socialist Alternative (CWI USA), die mit Kshama Sawant im Stadtrat und mit tausenden AktivistInnen dafür kämpfte. Doch der Kampf ist nicht vorbei –

Große Unternehmen wie die Washington University drücken sich. Die Öffis weigerten sich, „Wir haben gewonnen!“-Banner mit Infos und einer Hotline für ArbeiterInnen aufzuhängen (Bei Werbungen ist das kein Problem!). 15Now-AktivistInnen „besuchen“ nun Lokale und Betriebe, um Beschäftigte im Kampf um die Einhaltung der Lohn erhöhung zu unterstützen.
www.socialistalternative.org

Schottland

Im April streikten in Dundee und Glasgow Krankenhaus- und Gemeindebedienstete unbefristet für bessere Arbeitsbedingungen. Die „Trade Union and Socialist Coalition“ (TUSC), in der auch die „Socialist Party“, die Schwesterpartei der SLP ist, hat eine Solidaritätskampagne gestartet und spielt eine wichtige Rolle in Unison, der Gewerkschaft, die die Streiks organisierte.
socialistpartyscotland.org.uk



Aus der Geschichte lernen

Es gab viele Versuche, die SPÖ wieder nach links zu drücken – doch sie sind alle gescheitert.

Die SPÖ hat in den letzten Jahrzehnten mehr als die Hälfte der Mitglieder verloren. Geblieben sind v.a. Alte, FunktionärInnen und – Linke. Letztere setzen sich für einen Kurswechsel ein, organisieren Debatten, stellen Anträge, versuchen zu überzeugen. Erfolglos.

Die sichtbarste Linke hatte die SPÖ unmittelbar nach 1945, als diese – zumindest formal – durch den Zusammenschluss von „Revolutionären Sozialisten“ und „Sozialdemokratischer Partei“ die Hälfte der Führungspositionen hatte. Doch vor dem Hintergrund des kalten Krieges und der Orientierung der SPÖ auf ein kapitalistisches Österreich wurde die Linke zuerst mit Ausschussarbeit zugeschüttet und so von der Basis isoliert und dann mit plumpem Antikommunismus und undemokratisch-bürokratischen Manövern ausgeschlossen und zerstochen.

Die verbliebene Linke setzte, u.a. rund um das „linke Gewissen“ Josef Hindels, auf Ducken und Durchtauchen, beteiligte sich zeitweise sogar an den antikommunistischen Hetzjagden. Die Einheit der Partei war Dogma. Da-

mals wie heute ist für viele Linke in der SPÖ jede Trennung von der SPÖ Hochverrat. Die Einheit der ArbeiterInnenklasse ist wichtig, doch „Klarheit vor Einheit“ hat schon Karl Liebknecht treffend formuliert. Tatsächlich ist es sogar eher ein historischer Sonderfall als Normalität, dass die ArbeiterInnenklasse im Wesentlichen nur eine Partei hat und nicht mehrere.

Mit der vollständigen Verbürgerlichung der SPÖ in den 1980er und 90er Jahren wurde die These von der einen ArbeiterInnenpartei immer absurd. Nun war nicht mehr nur die Führung bürgerlich, sondern wurde die SPÖ v.a. von jungen und kämpferischen Schichten der ArbeiterInnenklasse schon längst nicht mehr als ihre Partei gesehen.

Jene Linken in der SPÖ, die noch immer versuchten, in „ihrer“ Partei das Ruder herum zu reißen konzentrierten, wie bei früheren erfolglosen Versuchen, ihre Kräfte in den Jugendorganisationen (zu unterschiedlichen Zeiten mal in der SJ, mal im VSSTÖ, mal im VSM). Sie versuchten, v.a. über die Organisierung eines intellektuellen Think-Tank zu

agieren. Theoretische Arbeit ist wichtig, doch sie muss in Zusammenhang mit praktischer Arbeit stehen, sonst verkommt sie zum Selbstzweck und führt nicht zum Aufbau eines linken Flügels. Das mussten die verschiedenen Projekte der letzten Jahrzehnte, wie die Otto-Bauer-Seminare Ende der 1970er Jahre, die Gruppen rund um die Zeitschriften tribüne und mitbestimmung, die „Initiative für sozialistische Politik“ und andere wohl auch feststellen. Führende Linke waren u.a. Gusenbauer, Cap und Häupl, die auf gutbezahlten Mandaten nach rechts wanderten, anstatt durch das Prinzip „Durchschnittslohn für FunktionärInnen“ die Bodenhaftung zu behalten.

Und obwohl es eine theoretische Orientierung auf die ArbeiterInnenklasse gab, fehlte praktische betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit weitgehend. Ob sich die SP-Linke auf theoretische Arbeit konzentrierte, weil sie keine gewerkschaftliche machte, oder ob sie keinen Fuß in die Gewerkschaften bekam, weil sie zu abstrakt theoretisierte – es blieben getrennte Welten. So ist auch aktuell

„die Linke“ in den Auseinandersetzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich, gegen Arbeitszeitverlängerung etc. kaum existent. Damit bleibt die Wut in der ArbeiterInnenklasse aber unorganisiert und kann ein Rekrutierungsfeld für die Rechten werden.

Als eine der ganz wenigen sozialdemokratischen Parteien in Europa gab es in Österreich kaum eine organisierte linke Opposition in der SPÖ. Die undemokratische Praxis der SPÖ, die „Eisenstädter Erklärung“ (keine Zusammenarbeit mit KommunistInnen) und das Fraktionsverbot haben eine konkrete Organisierung erschwert. Doch war sie auch zu keiner Zeit erklärtes Ziel, nie wurde auch nur der Versuch unternommen, den Anspruch auf die Führung der Partei zu stellen. Man beschränkte sich auf die Rolle als linkes Gewissen.

All jene, die heute in dieser Partei versuchen, eine Kursänderung zu erwirken, müssen sich aber bewusst sein: 1) die Rahmenbedingungen haben sich grundlegend verändert. Die SPÖ ist heute eine qualitativ andere Partei und der wirtschaftli-

che Rahmen lässt keinen Spielraum für reformistische Experimente. Und 2) muss jeder ernsthafte linke Ansatz in der SPÖ die bisherigen Versuche untersuchen, bilanzieren und daraus die Konsequenzen ziehen.

Das Ziel von SozialistInnen muss sein, dass die ArbeiterInnenklasse eine Kampfpartei hat. Wer das versucht, muss es ernsthaft, entschlossen und mit aller Konsequenz machen. Durch die Kombination von Theorie und Praxis, durch den Kampf für kämpferische und demokratische Gewerkschaften, durch eine offensive Organisierung der Linken in- und außerhalb der SPÖ. Und wenn – was sehr wahrscheinlich ist – so nicht die SPÖ zurückgewonnen werden kann, so wird doch so auch ein wichtiger Baustein für den Aufbau einer solchen, neuen, Kampfpartei der ArbeiterInnenklasse gelegt werden.

Sonja Grusch

Hier war eigentlich ein pro & contra mit Daniela Holzinger von der SPÖ zur Linken in- und außerhalb der SPÖ sowie dem mosaik-Projekt geplant, das leider nicht zu stande gekommen ist.

SLP-Programm genau erklärt:

Rechte Aufmärsche verbieten?

Viele Menschen hoffen, den Aufstieg von Pegida, Identitären & Co. durch Demoverbote etc. verhindern zu können. Doch können wir uns im Kampf

Verbote & Gesetze helfen nichts gegen Pegida & Co.

gegen Rassismus, Antisemitismus und Faschismus auf den bürgerlichen Staat und seine Gesetze verlassen? Trotz NS-Verbotsgesetz wurde die Entnazifizierung in Österreich nach 1945 nur zaghafit durchgeführt. Altnazis, die nach der NS-Amnestie 1957 bei SPÖ, ÖVP und FPÖ Karriere machten, mussten sich nicht von ihrer NS-Vergangenheit distanzie-

auf die freie Meinungsäußerung bereits mehrmals für eine Abschaffung des Verbots gesetzes ausgesprochen. Gesetze wie der Antimafiaparagraph §278a oder Verbote von Demos kommen hauptsächlich gegen Linke und SystemkritikerInnen zur Anwendung. Urteile gegen Nazis fallen oft milde aus, da viele RichterInnen & StaatsanwälteInnen selbst

rechts sind, und Geschworene (in Einklang mit Medien & Politik) neonazistische Umtreibungen häufig als Jugendtorheiten verharmlosen. Die Höchststrafe von zehn Jahren wird nur selten verhängt. Die meisten Nazis kommen ungeschoren davon. Die Erfahrung zeigt, dass Exekutive und Justiz in der Regel auf dem rechten Auge blind sind. Auch die Medien beschwören die angebliche Gefahr "linker Gewalt", berichten aber kaum von rechtsextremen Übergriffen auf Minderheiten und Andersdenkende. Anstatt sich auf Medien, Gerichte, Polizei und staatliche Institutionen zu verlassen, baut die SLP daher auf die solidarische Organisierung von unten gegen Staatsrepression und kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung.

Komm zu SLP-Ortsgruppentreffen!

Die Ortsgruppen (OGs) der SLP finden jede Woche statt. Jedes Treffen hat einen inhaltlichen Schwerpunkt. Nach einer kurzen Einleitung dazu diskutieren wir das Thema gemeinsam - jedeR kann und soll mitreden. Die Themen sind aus der aktuellen Politik, der Geschichte der ArbeiterInnenbewegung, der marxistischen Theorie oder ein anderes politisches Thema. So bekommen wir das nötige Hin-

tergrundwissen für die politischen Aufgaben und Übung in der marxistischen Methode. Weil Theorie und Praxis zusammen gehören, besprechen wir im organisatorischen Teil aktuelle Kampagnen, planen neue und machen uns Termine für Aktionen und zum Flyern aus. Die OG ist verantwortlich für die SLP-Arbeit vor Ort; sie setzt nicht nur um, sondern sie gestaltet die Arbeit selbst. Die Treffen

werden moderiert, um sie nicht in die Länge zu ziehen und so die Teilnahme für z.B. Berufstätige so leicht wie möglich zu machen. Die OG ist auch der beste Weg, die SLP kennenzulernen. Alle Fragen zu unserer Arbeit, unserem Programm usw. können dort gestellt und beantwortet werden. Die Termine unserer OGs finden sich auf:

„SLP vor Ort“ auf [slp.at](http://www.slp.at)

Neuausgabe des bewährten Antifa-Handbuchs der SLP

Wir erleben in den vergangenen Monaten eine Zunahme rechtsextremer Aktivitäten und Aufmärsche. Von Pegida über die Identitären bis hin zur FPÖ: Rückwärtsgewandte Ideologien der Ewig-gestrichen sind eine Bedrohung. Grund genug, um „Das schlaue Büchlein für AntifaschistInnen“ neu aufzulegen. Darin findet sich ein Who-is-Who der rechten Strukturen und



FPÖ, Rechtsextreme, Nazis
Das schlaue Büchlein für AntifaschistInnen
ca. 50 Seiten A5, Preis: 5.- (inkl Porto)

Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeweils Freitag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Wiener Café'
Esplanade Gmunden

NIEDERÖST. & TIROL

unregelmäßige Treffen
Infos per E-Mail slp@slp.at

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18³⁰ Uhr
Buchhandlung 'Libreria Utopia'
15., Preisingergasse 26-28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Brigittenau-West
jeweils Donnerstag, 18³⁰ Uhr
in der 'Bäckerei Sesam'
20., Wallensteinstr. / Treustraße
(Nähe U4 Friedensbrücke)

SLP Brigittenau-Ost
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
in der 'Pizzeria Delfino'
20., Engerthstraße 92
(Nähe U6 Handelskai)



Zahlreiche
Termine und
Veranstaltungshinweise
auf www.slp.at

Andere über uns



PATRIOTISMUS ALS CHANCE ODER GIFT?

Pegida und FPÖ stellen sich gern als „wahre“ PatriotInnen dar. Oder sind die Linken, wie Stefan Klingsberg in der Dezemberausgabe schreibt, die „echten“ PatriotInnen? Tatsächlich steht er hier in einer Linie mit den sozialdemokratischen Kriegstreibern, die mit ebendiesem Argument des Patriotismus die ArbeiterInnen 1914 in einen Burgfrieden und einen blutigen Weltkrieg hetzten.
Eine Klärung aus marxistischer Sicht von Fabian Lehr und Sebastian Kugler

Die Zeitung der Salzburger ÖH „uni:press“ bat SLP-Aktivisten Fabian Lehr und Sebastian Kugler um einen Beitrag. Sie konterten dem zuvor in der Zeitung von stalinistischer Seite gebrachten Argument, die österreichische Linke könnte und sollte „den Patriotismus zurückerobern“ mit einer marxistischen Analyse. Nachzulesen gibt es den Artikel online unter:
http://issuu.com/unipress/docs/_up_versionweb

VORWÄRTS

Die sozialistische Zeitung seit 1983

seit September 2011:

Neues, handliches Format

Neues, modernes Design

Mehr Berichte & Analysen aus sozialistischer Sicht

Jahres-Abo (10 Ausgaben)

€ 24,- **Normal-Abo**

€ 14,- **Sozial-Abo** für Menschen ohne eigenem Einkommen ab € 7,-/Monat: **Alles Inklusive Abo** (alle Publikationen der SLP)



VORWÄRTS Jetzt abonnieren: www.slp.at

Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT256000000000 8812733
BIC: OPSKATWW

Kein Platz für die FPÖ

Rassistische Hetze löst keine sozialen Probleme – vertreiben wir die Hetzer aus unseren Wohngegenden!

Am 30.5. will die FPÖ ein „Blues Fest“ in Wien 20 organisieren. Die Brigittenau ist einer der ärmsten Bezirke Wiens. Die Lebenserwartung ist um bis zu sechs Jahre geringer als in der Innenstadt. Die BewohnerInnen sind täglich mit Armut, Arbeits- und Perspektivlosigkeit konfrontiert. Genau hier hat die rassistische Hetze der FPÖ nichts verloren! Denn nicht unser serbischer Nachbar oder unsere türkische Kollegin ist schuld an sozialen Prob-

lemen – sondern die etablierte Politik, die nur im Interesse der Banken und Konzerne handelt.

Die FPÖ ist keine Alternative. Sie ist eine Partei der Reichen, von Korruption und Privatisierung. Die FPÖ 20 hetzt gegen Arbeitslose und MigrantInnen und marschiert schon mal auf derselben Demo wie Nazis. Konsequenter Antirassismus bedeutet der Hetze hier und jetzt den (Straßen-)Boden zu entziehen. Gemeinsam

mit den BewohnerInnen der Brigittenau, mit ArbeiterInnen, Arbeitslosen, Armen und Jugendlichen mobilisieren wir gegen die rechte Hetzveranstaltung. Letztes Jahr endete das „Blaue Fest“ in einem „Blauen Wunder“: Die SLP organisierte einen lautstarken Protest und Hauptredner Johann Gudenus traute sich erst gar nicht, zu kommen.

Werde auch du mit uns aktiv und komm zur Demo gegen das „Blaue Fest“!

**KEIN PLATZ
FÜR RASSISMUS!**



Wien 20., Wallensteinplatz

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitäler in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisierung und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.



Salzburg sagt "Nein zum 12-Stundentag"

Mehr auf Seite 5